

# „Die Glaubwürdigkeit der EU steht auf dem Spiel“

Der Politikwissenschaftler Wolfgang Wessels über die Auswirkungen der Griechenland-Krise auf Europa und die Führungsrolle Deutschlands

Herr Wessels, seit in Griechenland eine Volksabstimmung geplant war, wird auch der Ruf danach in anderen europäischen Ländern lauter. Ein sinnvolles Instrument?

WESSELS: In Volksabstimmungen wird häufig nicht über die Sachfrage in einer reflektierten Abwägung der Argumente abgestimmt. In der Regel schwingen da noch viele andere Erwägungen und Stimmungen mit. In Deutschland ginge es bei einer Volksabstimmung im Moment also nicht nur um das finanzielle Risiko, Griechenland zu helfen, sondern auch darum, einen Grund-Unmut gegen Europa und vielleicht gegen das politische Establishment insgesamt auszudrücken. Und da sehe ich ein wesentliches Problem. Wir haben auch über Hartz IV nicht abgestimmt – das berührt wahrscheinlich mehr Menschen als die Griechenland-Frage. Selbst über die deutsche Einigung haben wir kein Referendum durchgeführt. Und das ist auch gut so. Denn solche Fragen sind eben oft nicht mit einem einfachen Ja oder Nein zu beantworten. Es geht um ein Aushandeln der verschiedenen Standpunkte. Und dafür haben wir eben unsere repräsentative Demokratie.

Sehen Sie andere Wege, europäische Politik volksnäher zu machen?

WESSELS: Es gibt zwei Wege. Einen hat das Bundesverfassungsgericht aufgezeigt: Unsere deutschen Abgeordneten sollten bei solchen Entscheidungen frühzeitiger informiert werden und mitentscheiden. Der zweite Weg ist das europäische Parlament. Da sagen viele: „Da gibt es doch nur eine geringe Wahlbeteiligung.“ Aber an dieser resignativen Haltung liegt es eben auch oft. Das bedeutet für den Bürger, dass er nicht nur Ja und Nein sagt, sondern seinen europäischen Abgeordneten auch in wesentlichen Fragen in die Pflicht nimmt – so etwa bei der Frage europäischer Vorgaben für die nationale Haushaltspolitik. Es ist nicht nur eine Bringschuld der Politik, an meiner Haustür zu klingeln und mich nach meinen Wünschen zu fragen.



Die Griechenland-Krise ist für die internationale Gemeinschaft ein Testfall für die Stabilität der EU. BILD: AFP

Griechenland aus der Eurozone auszuschließen schien zunächst undenkbar. Jetzt wird es ernsthaft diskutiert. Was denken Sie?

WESSELS: Natürlich kann ein Partner nicht unbegrenzt Solidarität in Anspruch nehmen, ohne selber seinen Beitrag zu leisten. Insofern war die Drohung Merkels und Sarkozys richtig und psychologisch wichtig. Die zentrale Frage ist: Was sind die Folgewirkungen, wenn dieses Haus brennt? Ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone müsste sehr sorgfältig geplant und durchgeführt werden. Auf keinen Fall kann einfach beschlossen werden: Ab morgen führt ihr wieder die Drachme ein und niemand hilft euch bei der Finanzierung von Haushaltsdefiziten. Ein wesentliches Problem ist dann aber auch, welchen Dominoeffekt es geben könnte.

Was wären die politischen Auswirkungen?

WESSELS: Von außen wird Grie-

chenland als Probefall betrachtet, inwieweit diese EU überhaupt in der Lage ist, ihre eigenen Probleme in den Griff zu bekommen. Für die G20 steht mit dem Umgang mit der Griechenland-Krise auch die Glaubwürdigkeit der EU und nicht zuletzt auch die Glaubwürdigkeit von Deutschland als verlässlicher und handlungsfähiger Partner auf dem Spiel.

Werden diese politischen Probleme in der öffentlichen Diskussion ernst genug genommen?

WESSELS: Nein – und das ist ein Problem. Wir sprechen immer über die finanziellen Kosten, die für Deutschland auftreten könnten. Aber wir diskutieren nicht über die politischen Kosten und Nutzen. Also ganz konkret: Ein europäisches Partnerland wie Griechenland sehenden Auges in den Abgrund und damit in die politische Krise zu schicken, ist politisch eine gravierende Entscheidung. Wir müssen diese Krise des-

halb auch sehen als eine Frage, wieweit wir als EU handlungsfähig sind. Damit stellt sich die Frage, ob und inwieweit das französisch-deutsche Paar und insbesondere Deutschland in Europa eine Führungsrolle spielen kann und will.

Wie sehen Sie das?

WESSELS: Das ist auch eine zentrale Frage an uns Deutsche: Wollen wir diese EU auch weiter nutzen, um unsere Interessen zu verfolgen? Und damit meine ich nicht nur ökonomische Interessen, sondern auch Normen wie Klimapolitik, Demokratie oder Menschenrechte. Deutschland als Staat ohne diese Europäische Union ist ein relativ schwaches Glied im internationalen System.

Ganz unproblematisch ist eine deutsche Führungsrolle nicht.

WESSELS: Die Geschichte wirft weiterhin ihre Schatten, auch auf eine hervorgehobene Rolle

## Zur Person

**Wolfgang Wessels** (63)

ist seit 1994 Inhaber des Jean-Monnet-Lehrstuhls am Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln. Zeitweise war er Generalsekretär der Europa-Union Deutschland. Im Jahr 2004/2005 war er Inhaber des „Alfred Grosser“-Lehrstuhls an der Pariser „Sciences Po“.



Wolfgang Wessels BILD: UNI KÖLN

Er engagiert sich im Vorstand des Instituts für Europäische Politik (Berlin), als Chairman der Trans European Policy Association (Brüssel), als Projektkoordinator des Netzwerks „EU-CONSENT“ und als Visiting Professor am College of Europe, Brügge.

Deutschlands. Bei der Frage nach einer deutschen Führungsrolle geht es daher auch darum, ob Deutschland in einer Form führt, die kooperativ in den EU-Institutionen angelegt ist – und eben nicht altes Dominanzstreben wiederbelebt. In vielen Nachbarstaaten wird die Hoffnung auf ein deutsches Engagement mit der Sorge um zu viel deutsche Macht verbunden.

Alleingänge von Angela Merkel und Nicolas Sarkozy sind da vermutlich nicht zuträglich.

WESSELS: Eine gewisse Zurückhaltung der Regierungschefs in Fragen der internationalen und europäischen Politik wäre sicher hilfreich – zumindest, solange man nicht versucht hat, eine gemeinsame europäische Position innerhalb der EU-Organen zu finden. Leider ist manchmal der Instinkt, sich zu positionieren – auch in Deutschland –, größer als die Rücksichtnahme.

Treten jetzt strukturelle Probleme der EU zutage?

WESSELS: Sicherlich sieht man jetzt deutlich, dass wir mit der EU im politikwissenschaftlichen und staatsrechtlichen Sinne ein seltsames Gebilde haben: Wir haben in weiteren Bereichen Kompetenzen abgegeben, in der Währung, im Handel, in der Wettbewerbspolitik, auch in Teilen der Agrar- und der Umweltpolitik. Gleichzeitig liegen andere Bereiche, die eng damit verknüpft sind, weiter in der nationalen Verantwortung, hier insbesondere die Wirtschafts- und Fiskalpolitik, die nicht vergemeinschaftet wurde.

Ein europaspezifisches Problem?

WESSELS: Nein, wir haben in der Bundesrepublik im Grundsatz ja viele dieser strukturellen Probleme zwischen der föderalen Ebene und der Bundesebene. Die Schwierigkeiten und Herausforderungen der EU tauchen – natürlich in Variationen – in vielen anderen politischen Systemen auf. Es sind generelle Probleme von Verteilung von Verantwortung, auch von Macht. Was gehört auf die föderale Ebene und was muss man gemeinsam machen? Wegen dieser Frage ist in den USA ein Bürgerkrieg geführt worden. Die europäische Idee kann eben nicht nur auf der Sonnenseite existieren. Die Grundidee, dass Nationalstaaten alleine nicht sinnvoll international agieren können, bringt eben auch Herausforderungen mit sich. Aber viele dieser Probleme hätten wir auch, wenn es die EU nicht gäbe – und da erheblich gravierender.

Was wäre denn – von den wirtschaftlichen Auswirkungen mal abgesehen – das größte Problem für einen Staat, der aus der Europäischen Union austritt?

WESSELS: Ganz einfach: Wenn man draußen ist, sitzt man nicht mehr am Tisch, an dem wesentliche Entscheidungen zur eigenen Zukunft getroffen werden.

Das Gespräch führte Kerstin Meier